



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2014 - 2019

---

*Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz*

---

**2014/2241(INI)**

4.9.2015

# STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

für den Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr

zu neuen Herausforderungen und Konzepten für die Förderung des  
Fremdenverkehrs in Europa  
(2014/2241(INI))

Verfasserin der Stellungnahme: Maria Grapini

PA\_NonLeg

## VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz ersucht den federführenden Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. erkennt die Bedeutung der Tourismusbranche für die EU und den Binnenmarkt an und betont, dass er das Potenzial birgt, als Triebkraft für sozioökonomisches Wachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen insbesondere für junge Menschen und die Herausbildung neuer Geschäftsmöglichkeiten zu wirken; fordert die Kommission vor diesem Hintergrund auf, bei der Ausarbeitung von Maßnahmen, die sich auf die Tourismusbranche auswirken, einen integrierten Ansatz zu verfolgen; erkennt die Bedeutung des Tourismus an, wenn es darum geht, die Ziele der Strategie Europa 2020 zu erreichen, insbesondere was die Beseitigung der Armut und die Schaffung neuer Arbeitsplätze anbelangt;
2. weist darauf hin, dass die digitale Revolution für die Tourismusbranche eine entscheidende Rolle spielt; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass alle Bereiche der Tourismusbranche und alle entsprechenden Unternehmen, insbesondere KMU, die neuen, im Rahmen des Internets verfügbaren Technologien bestmöglich nutzen, um ihren elektronischen Handel auf dem Binnenmarkt auszubauen und auf hochwertigere digitale Produkte und Verfahren umzusatteln, dabei aber auch zu gewährleisten, dass alle Bürger und Verbraucher einen gerechten, gleichberechtigten Zugang zu hochwertigen, sicheren Dienstleistungen haben;
3. betont, dass unbedingt neue Formen des thematischen Tourismus, die auf transnationaler oder sogar interregionaler Zusammenarbeit beruhen können, entwickelt werden müssen, um das europäische Tourismusangebot von jenem anderer Staaten und Kontinente abzuheben; ist der Auffassung, dass die systematische Förderung thematischer Tourismusprodukte nicht nur die Möglichkeit bietet, das gesamte europäische Tourismusangebot neu zu definieren, sondern auch wesentlich dazu beitragen kann, den Folgen der Saisonalität zu begegnen;
4. weist erneut darauf hin, dass die EU beginnen sollte, Investitionen zu tätigen, um das Potenzial bevölkerungsstarker Drittländer mit einer aufstrebenden Wirtschaft und insbesondere jenes der BRIC-Länder, aus denen immer mehr Touristen kommen, auszuschöpfen; weist darauf hin, dass Initiativen zur Förderung des Tourismus ergriffen werden müssen und mehr Flexibilität und Einheitlichkeit bei Touristenvisa und Grenzübertritten notwendig ist; betont, dass die Förderung von mehr Plattformen für Touristen, die ein Visum benötigen, bei einer gleichzeitigen umsichtigen Vereinfachung des Visakodex ein wichtiger Beitrag dazu ist, dass mehr Touristen aus Drittländern nach Europa reisen und sich der Bekanntheitsgrad von touristischen Zielen in Europa erhöht; betont, dass Rundreisevisa für Gruppen oder Touristen, die ein bestimmtes Land bereits bereist haben, Potenzial bergen und mehr Abkommen über die Befreiung von der Visumpflicht umgesetzt werden müssen, damit die Touristenströme aus aller Welt optimal ausgeschöpft werden können; vertritt die Auffassung, dass die europäischen Institutionen und die Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit der gemeinsamen Visumpolitik eine langfristige Strategie für besser abgestimmte, vereinfachte Verfahren zur Erteilung eines Visums ausarbeiten sollten, dass dabei allerdings die Rechte und

Pflichten der Mitgliedstaaten in Bezug darauf gewahrt bleiben müssen, die Einreisen über ihre eigenen Grenzen zu überwachen;

5. weist auf die Rolle der Europäischen Tourismuskommission und ihrer Mitglieder hin, wenn es darum geht, Europa als Reiseziel zu fördern; fordert die Kommission auf, auch weiter gemeinsam mit der Europäischen Tourismusorganisation und der breiter aufgestellten Weltorganisation für Tourismus auf gemeinsame Maßnahmen für den Tourismus in Europa hinzuwirken;
6. begrüßt die digitale Tourismusplattform der Kommission und deren Ziele, d. h. (i) die Förderung der Innovationskapazitäten und der Digitalisierung von KMU, die im Bereich Tourismus tätig sind, um die Tourismusbranche zu beleben, und (ii) die Ausarbeitung von Vorschlägen für die Anpassung und Gestaltung nachhaltiger, wettbewerbsfähiger und verbraucherorientierter Maßnahmen, mit denen die Tourismusbranche weiter ausgebaut werden kann; empfiehlt, dass innovative Technologien genutzt und bewährte Verfahren ausgetauscht werden und darüber hinaus die Zusammenarbeit auf regionaler Ebene ausgebaut wird, damit die europäische Tourismusbranche attraktiver und wettbewerbsfähiger wird; vertritt die Auffassung, dass die Förderung des elektronischen Lernens und eine vermehrte Nutzung digitaler Technologien diesem Ziel zuträglich wären;
7. betont, dass die Konzepte Tourismus, Sporttourismus, Abenteuerismus, Bildungstourismus, Tourismus im ländlichen Raum und Kreativtourismus besser gefördert werden müssen; betont, dass dem Tourismus im ländlichen Raum besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, da er als Motor für nachhaltiges Wachstum in ländlichen Gebieten fungiert und dazu beiträgt, dass in abgelegenen Regionen mehr Arbeitsplätze geschaffen werden und neue Möglichkeiten entstehen;
8. unterstützt das Konzept der Europäischen Kommission zur Förderung eines nachhaltigen „Tourismus für alle“;
9. weist darauf hin, dass die Rolle der Verbraucher derzeit über die Recherche zur Buchung von Reisen und weiteren damit zusammenhängenden Diensten und die Beschaffung unterschiedlicher Informationen über das jeweilige Reiseziel hinausgeht und sich heute auch auf die Bereiche Kritik/Meinung und Werbung erstreckt; weist darauf hin, dass die digitale Erfahrung daher immer wichtiger wird;
10. betont, dass Europa seine Position als meistbereites Ziel der Welt wahren muss; begrüßt, dass Veranstaltungen und Kommunikationskampagnen durchgeführt werden, in deren Rahmen Europa als Reiseziel beworben wird, insbesondere auf den Märkten von Drittländern, und fordert alle beteiligten Interessenträger auf, Europa nicht nur als ein Reiseziel, sondern als exzellentes Reiseziel mit einer Vielfalt an einzelstaatlichen Zielen, Kulturen und Tourismusdienstleistungen gemeinsam zu bewerben, ohne allerdings den Wettbewerb zwischen diesen Zielen zu verzerren;
11. stellt fest, dass die Tourismusbranche von kleinen und mittleren Unternehmen und einer Vielzahl von Kleinstunternehmen dominiert wird; vertritt die Auffassung, dass unter diesem Aspekt die Bemühungen um eine bessere Rechtsetzung, den Abbau von Verwaltungslasten und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer

Unternehmen nicht nur innerhalb dieser Branche fortgesetzt werden, sondern Bestandteil aller politischen Maßnahmen der Union sein sollten, die sich auf den Tourismus auswirken;

12. begrüßt die unlängst vom Netz der Europäischen Verbraucherzentren entwickelte Anwendung „ECC-Net Travel App“;
13. fordert die Kommission auf, die Möglichkeit zu prüfen, einen europäischen Tourismuskalender zu konzipieren, der der Koordinierung der Informationen aller Mitgliedstaaten über Reiseziele in Europa in allen Amtssprachen dienen würde, um die an die Verbraucher gerichteten Informationsdienste zu verbessern und den Verbrauchern Beratung und Informationen u. a. in Bezug auf Veranstaltungen, Orte und Festivals zu bieten;
14. weist darauf hin, dass der europäische Tourismus an den Digitalmarkt angepasst werden muss und neue digitale Instrumente und Informationsquellen für potenziell nach Europa reisende Touristen geschaffen werden müssen; empfiehlt, dass eine nutzerfreundliche, interoperable mobile Anwendung mit interaktivem Kartenmaterial, Reiseführern und anderen einschlägigen Informationen über Reiseziele in der EU entwickelt wird, da somit die Bedeutung Europas als Reiseziel gestärkt werden könnte und die Verbraucher umfassender und besser informiert würden; betont, dass die Kosten für die Entwicklung und Pflege dieser Anwendung möglichst niedrig sein sollten; erkennt die Möglichkeiten und das Potenzial der Digitalisierung von Diensten und Produkten in der Tourismusbranche an; betont, dass für diese Dienste und Produkte ein vollständig funktionierender Binnenmarkt geschaffen werden muss, der allen Akteuren und nicht zuletzt auch den KMU und Verbrauchern offensteht und diesen Rechtssicherheit bieten sollte;
15. betont, dass Anbieter von Tourismusdienstleistungen die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen und/oder eingeschränkter Mobilität berücksichtigen sollten, insbesondere was Barrierefreiheit angeht, damit Menschen mit motorischen oder sensorischen Behinderungen oder auch Lebensmittelunverträglichkeiten sowie ältere Menschen die touristischen Angebote in Europa umfassend in Anspruch nehmen können, und in diesem Sinne Maßnahmen zur Anpassung bereits bestehender Einrichtungen und zur Schulung von Mitarbeitern fördern sollten; hält es für angebracht, auf europäischer Ebene innovative Programme, Instrumente und Produkte zu fördern, die Menschen mit eingeschränkter Mobilität den eigenständigen Zugang erleichtern; betont, dass das touristische Informationsangebot auch Touristen mit Behinderungen zugänglich sein muss; fordert alle Tourismusverbände und Beherbergungsbetriebe auf, der Barrierefreiheit – auch im Internet bei der Aktualisierung von Websites oder anderen Informationsquellen – Rechnung zu tragen;
16. betont, dass die Mitgliedstaaten einen besser koordinierten Ansatz verfolgen müssen, wenn in tourismusbezogenen Politikbereichen wie Innovation, Verkehr, Qualität von Dienstleistungen, Visakodex, Umwelt, Verbraucherschutz, Kommunikation und internationale Kartenzahlung eine Verwaltungszusammenarbeit bzw. eine intensivere Zusammenarbeit auf der regionalen Ebene erreicht werden soll, und zwar unter Berücksichtigung der spezifischen Herausforderungen der KMU in der

Tourismusbranche; betont darüber hinaus, dass die Mitgliedstaaten angesichts der zunehmenden Bedeutung der Wirtschaft des Teilens unter Wahrung des Grundsatzes der Subsidiarität dafür sorgen müssen, dass die entsprechenden Vorschriften eingehalten werden können; stellt fest, dass sich die unterschiedlichen Regelungsrahmen der Mitgliedstaaten unmittelbar auf die Tourismusunternehmen auswirken und eine marktverzerrende Wirkung haben können;

17. hält es für notwendig, auf eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von Gebieten hinzuwirken, deren touristisches Potenzial nicht ausreichend erschlossen ist, indem diese in fairer Weise gefördert und örtliche KMU in der Tourismusbranche unterstützt werden;
18. fordert eine Verbesserung der gegenseitigen Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise in der Tourismusbranche zwischen den Mitgliedstaaten, um denjenigen, die bereits in der Branche tätig sind, sowie jenen, die dies anstreben, zu ermöglichen, die besten Beschäftigungsmöglichkeiten zu finden und die Mobilität innerhalb dieser Branche zu fördern; ist der Ansicht, dass damit einerseits dazu beigetragen würde, die Probleme zu bekämpfen, die damit zusammenhängen, dass die Beschäftigung in dieser Branche saisonabhängig ist, sowie andererseits die nicht angemeldete Erwerbstätigkeit;
19. betont, dass ein effizienteres Verkehrsnetz entwickelt werden muss, über das touristische Regionen in Randlage erreichbar sind;
20. weist darauf hin, dass die Wirtschaft des Teilens für die Förderung des Tourismus von Bedeutung ist und zur Steigerung der Touristenzahlen an vielen Reisezielen beiträgt; betont, dass dies nicht als unlauterer Wettbewerb gelten sollte; hebt die Rolle der Wirtschaft des Teilens in der Tourismusbranche hervor und fordert einen geeigneten Regelungsrahmen, durch den Wachstum und Innovation gefördert und gleichzeitig die Interessen der Verbraucher geschützt werden; betont, dass der Schutz und die Sicherheit der Nutzer sowie die Qualität der erbrachten Dienstleistungen sichergestellt werden müssen;
21. fordert, dass eine wettbewerbsfähige Verkehrs- und Tourismusinfrastruktur eingerichtet wird;
22. betont, dass die europäische Tourismusbranche nachhaltig und verantwortungsbewusst agieren und darüber hinaus die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Unternehmen fördern muss; weist darauf hin, dass aufgrund der steten Zunahme der Anzahl der Reisenden nachhaltigere, energieeffiziente Verkehrsträger und Unterkünfte geschaffen werden müssen, damit ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltige Reiseziele entstehen, wobei allerdings berücksichtigt werden muss, dass zur ökologischen Nachhaltigkeit auch die Wahrung der lokalen Kulturen und Traditionen sowie die Erhaltung und Aufwertung des Kulturguts, die Förderung bewährter Verfahren und die Ausrichtung auf einen Tourismus gehören, der sowohl für die Reisenden als auch für die Bevölkerung am Zielort zufriedenstellend und gewinnbringend ist; fordert die Kommission nachdrücklich auf, die Umsetzung der Initiative für Hotels zu beschleunigen, die nahezu ohne externe Energie auskommen (Nearly Zero Energy Hotels – neZEH), deren Ziel energieautarke und -effiziente Hotels sind;

23. betont, dass eine Strategie ausgearbeitet werden muss, um die Übernachtungszahlen in der Mittel- und Nebensaison zu erhöhen, wobei sich diese Strategie auch auf den Tourismus im ländlichen Raum erstrecken und Lösungen für das Problem der Saisonalität bieten sollte; betont, dass die Vermarktung von Tourismusprodukten bzw. -dienstleistungen auf Qualität ausgerichtet sein muss, damit Stammgäste gewonnen werden und sich die Tourismusbranche der EU etabliert, da diese Branche stark wettbewerbsorientiert ist;
24. betont, dass die EU eine bessere Finanzierung von Infrastrukturprojekten vorsehen muss und die entsprechenden Mittel einfacher zugänglich sein müssen, und zwar insbesondere was die Dienstleistungen der Daseinsvorsorge angeht, da der entsprechende Verbrauch während der Reisesaison enorm ansteigt; betont, dass davon sowohl die Touristen als auch die einheimische Bevölkerung profitieren würden;
25. fordert eine nachhaltige Städteplanung, mit der erreicht wird, dass das kulturelle Erbe an den touristischen Zielen in Europa erhalten bleibt;
26. betont, dass die Mitgliedstaaten die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen in der Tourismusbranche verbessern müssen, damit die Arbeitnehmer dieser Branche die besten beruflichen Chancen ausfindig machen können und sich somit deren Mobilität verbessert;
27. vertritt die Auffassung, dass die Anbieter von Tourismusdienstleistungen dafür sorgen müssen, dass die den Verbrauchern über solche Dienste zur Verfügung gestellten Informationen korrekt und verständlich sind und die Verbraucher nicht irreführt oder falsch informiert werden; weist darauf hin, dass die Informationen lesbar und verständlich sein und die Anbieter keine Verfahren oder Vertragsbedingungen zur Anwendung bringen sollten, die gegenüber den Verbrauchern diskriminierend sind oder zu Misstrauen auf dem Binnenmarkt führen, und zwar insbesondere im Zusammenhang mit Verkäufen über das Internet; vertritt die Auffassung, dass Kommunikationsnetze entwickelt werden sollten, mit denen sich die Geschäftsmöglichkeiten in den Regionen verbessern und für einen besseren Verbraucherschutz gesorgt ist;
28. weist darauf hin, dass das Vertrauen der Verbraucher in Unternehmen, die Tourismusdienstleistungen anbieten, auch darauf beruht, dass Unternehmen für Verbraucher einfache, wirksame, schnelle alternative Mittel zur Beilegung von Verbraucherrechtsstreitigkeiten bereitstellen, sowie darauf, dass Unternehmen die personen- und finanzbezogenen Daten der Verbraucher schützen;
29. begrüßt den kürzlich erfolgten Abschluss der Trilogverhandlungen zu der überarbeiteten Richtlinie über Pauschalreisen; fordert, dass diese rasch und wirksam umgesetzt und angewendet wird, damit in der Branche ein Wandel vollzogen werden kann und im digitalen Umfeld für Verbraucherschutz gesorgt ist;
30. betont, dass Reisebüros und -veranstalter die europäische Notrufnummer 112 auf den einschlägigen Websites sowie auf elektronischen Beförderungsscheinen und an den wichtigsten Reisezielen bekanntmachen sollten;
31. hält es für angezeigt, Möglichkeiten der Unterstützung von KMU und Einzelunternehmern in der Tourismusbranche durch Finanzierungsmechanismen zu prüfen, die die Liquidität

der Unternehmen zu vertretbaren Kosten verbessern, Anreize für Investitionen in den Ausbau der von ihnen benötigten Infrastruktur und der entsprechenden Dienstleistungen zu schaffen und den Verwaltungsaufwand im Zusammenhang mit ihrer Entwicklung abzubauen;

32. vertritt die Ansicht, dass die Initiative der europäischen Hotellerie zur schrittweisen Harmonisierung der Beherbergungsklassifikationssysteme in Europa weiter gefördert werden sollte, um einen genaueren Vergleich des Beherbergungsangebots in Europa zu ermöglichen und damit zu einheitlichen Kriterien für Qualitätsdienstleistungen beizutragen;
33. betont, dass Reisende bei der Online-Buchung von Unterkünften oder Verkehrsmitteln nach wie vor mit unterschiedlichen Preisen und Geschäftsbedingungen konfrontiert sind; begrüßt daher die Mitteilung der Kommission mit dem Titel „Strategie für einen digitalen Binnenmarkt für Europa“; fordert die Kommission auf, einen umfassenden Vorschlag vorzulegen, um dem ungerechtfertigten Geoblocking beim Zugang zu Waren, Dienstleistungen und dem günstigsten Preis aufgrund des geographischen Standorts oder des Wohnsitzlandes ein Ende zu bereiten;
34. ist der Ansicht, dass sich das Reisen durch eine koordinierte Förderung von Systemen für den integrierten Vertrieb elektronischer Beförderungsscheine für verschiedene Verkehrsträger vereinfachen würde und sich damit auch Hindernisse abbauen ließen, die der Vollendung des Binnenmarkts entgegenstehen.



## ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

|  |  |
|--|--|
| <b>Datum der Annahme</b>   | 3.9.2015   |
| <b>Ergebnis der Schlussabstimmung</b>  | +: 32<br>-: 1<br>0: 2  |
| <b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder</b>                | Dita Charanzová, Carlos Coelho, Anna Maria Corazza Bildt, Daniel Dalton, Nicola Danti, Dennis de Jong, Pascal Durand, Vicky Ford, Ildikó Gáll-Pelcz, Evelyne Gebhardt, Maria Grapini, Sergio Gutiérrez Prieto, Robert Jarosław Iwaszkiewicz, Liisa Jaakonsaari, Antonio López-Istúriz White, Margot Parker, Eva Paunova, Jiří Pospíšil, Robert Rochefort, Virginie Rozière, Christel Schaldemose, Andreas Schwab, Igor Šoltes, Catherine Stihler, Mylène Troszczynski, Mihai Țurcanu, Anneleen Van Bossuyt |
| <b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter</b>            | Lucy Anderson, Birgit Collin-Langen, Kaja Kallas, Jens Nilsson, Adam Szejnfeld, Marc Tarabella, Lambert van Nistelrooij  |
| <b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 200 Abs. 2)</b> | Andrey Novakov   |